

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Anzeigensbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Erziehung monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.25, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1.50 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, II. Tel. 2465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Poststraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden bis spätesten Freitag mit 20 Pf. berechnet, bei einmaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Dienstags bis 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 144.

Dresden, Mittwoch den 25. Juni 1913.

24. Jahrg.

Die Wehrvorlage wurde gestern im Reichstag in zweiter Lesung angenommen.

Der serbische Ministerpräsident Pašić hat seine Demission wieder zurückgezogen, was in Belgrad als Entspannung gewertet wird.

In Kaschobien kam es zu einem neuen bulgarisch-serbischen Schmaragd.

Die spanische Armee erlitt bei Kämpfen in Marokko betrübende Verluste.

In Mexiko (Spanien) verlegten ausgebrochene Exilanten die Grenzen. Einer der Verwandten ist bereits gestorben.

Nach der Landesversammlung.

Die Landesversammlung der sächsischen Parteigenossen ist in einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die vaterlandsliebende Sozialdemokratie klang. Die Verhandlungen sind bis heute noch die Aufgabe, die Ergebnisse der Verhandlungen und diese selbst kurz zu würdigen. Unter dem lebhaften Eindruck der Nachricht vom Tode des alten Führers August Roden, der so oft die Verhandlungen der Landesversammlung geleitet hatte, traten die Delegierten zusammen. Schmerzlich bewegt war der ganze Parteitag, als Herr Roden, selbst tief ergriffen, des schweren Verlustes gedenkte und die Bedeutung Rodens für die sächsische Partei würdigte. Erst gingen die Genossen am ersten Abend auseinander, des verstorbenen Kämpfers gedenkend.

Am zweiten Tage forderten jedoch die Aufgaben, wozu die Landesversammlung zusammenberufen worden war, wieder ihre Rechte. Der Bericht des Landesvorstandes, der ein Bild von der kriegsbedingten Entwicklung im letzten Jahre gegeben, aber auch manches kritisch erwähnt hatte, was sich im letzten Jahre gezeigt, wurde zur Debatte gestellt, damit zugleich auch die Organisationsfragen der Landesversammlung zur Sprache kommen. Eine Liebermann wurde der Landesversammlung zur Sprache gebracht, einen Landessekretär anzustellen. Doch lag ein solcher Antrag gewissermaßen seit Jahren schon in der Luft. Schon längst haben wir ihn gefordert. Und es wäre unserer Liebermannung nach besser für die Partei gewesen, wenn man diese bedeutsame Lücke in der sächsischen Parteioberleitung früher ausgefüllt und die Obliegenheiten des Landesvorstandes nicht als durch Nebenarbeiten zu erledigende angesehen hätte. Doch war es dennoch, ja vielleicht gerade deswegen, nicht recht verständlich, daß der Antrag auf Anstellung eines Landessekretärs so plötzlich, ohne jede vorherige Mitteilung zur Orientierung der Genossen im Lande, gestellt wurde.

Im Mittelpunkt standen nicht die eigentlichen Forderungen auf eine andere Zusammenlegung der Parteinstellen, die Debatte wurde vielmehr befeuert durch die Genossen, die es mit Geduld verstanden, die Frauenfrage zum Mittelpunkt der Landesversammlung zu machen. Ueber die Verdrängung ihrer Forderungen auf Statuierung eines Sonderrechts für eine Frau im Vorstande konnten schon aus formalen Gründen kaum zwei Meinungen bestehen. Doch war es unseren Frauen wohl auch weniger darum zu tun, das in aller Form zu bewirken, was sie forderten; sie wollten die Frauenbewegung mehr zur Geltung bringen; nachdrücklich wollten sie darlegen, daß es nötig sei, die organisierten Frauen mehr zu beachten. Ob ihre Klagen über geringe Schätzung der Frauenbewegung berechtigt waren, mag dahingestellt bleiben, eins dürfte aber sicher sein: durch die Debatte auf der Landesversammlung dürfte die Frauenbewegung durchaus gewonnen haben, und das ist dem tatkraftigen Auftreten und der Geduld der Genossen zu danken, mit der sie die Klagen der Rednerinnen ihre Sache verfochten. Daß sie dabei auch in der Einschätzung der jetzigen Frauenorganisation etwas über den wirklichen Sachverhalt hinausgriffen, besonders wenn sie immer wieder auf das 21.000 Mitglieder starke Amazonenkorps verwiesen, wird ihnen niemand ablehnen. Man würde aber den Tatsachen nicht gerecht, wenn nicht gesagt würde, daß diese Zahl die wirkliche innere Stärke der Frauenbewegung nicht veranschaulicht. Sie bleibt aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden sollen, wesentlich dahinter zurück. Und das ist auch einer der Gründe, weshalb ein Teil der Genossen die Frauenbewegung noch etwas mit Vorangesehenheit betrachtet und der Ansicht huldigt, daß die organisierten Frauen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in der Parteioberleitung bereits längst haben.

Daß die Forderung der Frauen auf eine Vertretung in den Parteinstellen abgelehnt wurde, kann niemand ablehnen. Dagegen hätten wohl die übrigen Forderungen für eine Erweiterung des Organisationsstatus, insbesondere für eine Vertretung der Parteipresse, eine bessere Verteidigung verdient. Vielleicht wäre dann wenigstens auch eine größere Mitarbeit dafür aufgebracht worden, obwohl schon seit Jahren zu bemerken ist, daß für eine besondere Vertretung der Parteipresse in den Parteinstellen keine Neigung besteht. Dabei wird aber doch übersehen, daß die Presse nicht nur eines unserer wichtigsten Kampfmittel ist, sondern ihre Stellung in der Parteioberleitung so oft Gegenstand der Besprechungen ist, daß

man eine Vertretung der Presse beinahe als eine selbstverständliche Sache betrachten sollte, besonders auch auf der Landesversammlung. Auch die verflorenen Tagung hat dafür wieder Belege ebracht.

Der vom Genossen Ullig erstattete Bericht der Landtagsfraktion berührte alle wichtigen Fragen, die in der Herbstsession des Landtags erledigt wurden. Besonders wachte er sich natürlich mit der geschätzten Volksschulreform befassen, die ja den größten Teil der Herbstsession in Anspruch nahm. Der Berichtsteller brachte viele interessante Einzelheiten in Erinnerung, die sowohl die Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen wie die schulfreundliche Haltung der Konservativen scharf und charakteristisch beleuchteten. Aber es mangelte dem Teile des Berichtes an einer konzentrierten Zusammenfassung der Urachen des Scheiterns der Volksschulreform. Es kam weniger darauf an, die Schwächen der Liberalen bloßzulegen und möglichst scharf gegen die Nationalliberalen loszuschlagen, denn was schließlich im letzten Stadium der Volksschulverhandlungen zu verzeichnen war, war doch das Resultat der Veschlüsse einer Mehrheit der Linken, die allerdings infolge des Verhaltens der Nationalliberalen nur bescheidene Fortschritte erzielten. Daraus ist aber anzusehen, was die volksschulfreundliche Mehrheit scharf zu kennzeichnen, an denen die Reform scheiterte. Die reaktionäre Koalition von Konservativen und der Ersten Kammer hätte scharf als Hindernis auch für den bescheidensten Fortschritt im Volksschulwesen hervorgehoben werden müssen. Man hätte sie mit konzentriertem Nachdruck als die volksschulfreundliche Macht bezeichnen sollen, gegen die der Kampf in allererster Linie mit größter Energie geführt werden muß, wenn es in Sachen vorwärtsgehen soll. Das ist nicht nur von dem Referenten nicht mit der erforderlichen Wucht geschehen, das ist auch in der Debatte nicht nachgeholt worden. Es kam hier noch weniger neben der Zusammenfassung der Nationalliberalen die Kulturfeindlichkeit und absolute Volksschulfreundlichkeit der Konservativen zur Geltung.

Das Referat über die Gemeindefestgesetz gab Aufschluß über die Haltung unserer Genossen im Lande zu den einzelnen wichtigen Fragen, die das Gesetz aufweist, kennzeichnete im übrigen die Haltung der hiesigen Parteigenossen scharf. Eine wesentliche Debatte fand nicht statt. Es kann daher wohl angenommen werden, daß die Genossen auch mit der Haltung der Fraktion in dieser Frage durchaus einverstanden waren.

Dem Antrag auf Zulassung der Doppelmandate wurde nach einer kurzen Aussprache, die deshalb kein besonderes Interesse mehr erregen konnte, weil man über das Schicksal der Forderung nicht im Zweifel war, ein beschleunigtes Ergebnis berichtet. Gange zwölf Vertreter erhoben sich dafür und von diesen war es noch fraglich, ob sie die Doppelmandate wirklich zulassen oder nur eine Abänderung des bestehenden Beschlusses erreichen wollten. Diese Abstimmung dürfte wohl eine Sicherung dafür sein, daß die Frage der Doppelmandate in nächster Zeit keine Rolle mehr spielt.

Die Forderung der Genossen im 23. Wahlkreis für Zulassung eines eigenen Parteiblattes fand keine befriedigende Lösung. Es wurde ein vorwiegend von Leipziger Genossen gestellter Antrag angenommen, der besagte, es sollte die Frage des Bedürfnisses nach einem besonderen Parteiblatt für den 23. Reichstagswahlkreis prinzipiell bejaht, die Frage aber den Parteinstellen zur näheren Prüfung überlassen werden. Aus den Ausführungen des Antragstellers ging hervor, daß er damit nur eine eingehende Prüfung der Frage erreichen wollte, in der Hauptsache darum, um einen eingehenden objektiven Bericht an die nächste Landesversammlung zu ermöglichen. Das wird aber die Plauer Genossen nicht hindern, mit diesem Antrage in allen Parteigruppen herumzulaufen und nun noch mehr Stimmung gegen ihr jetziges Parteiblatt, das sächsische Volksblatt, zu machen. Die nächste Landesversammlung wird ja dem ein Ende machen, denn daß die Prüfung nur zu dem Resultat führen kann, daß die Genossen in Plauen Unmögliches fordern, darüber kann schon jetzt kein Zweifel sein.

Zum Schluß gab es noch einen Witz. Ein Leipziger Genosse brachte einen unmöglichen Antrag gegen die Vorkommnisse ein, der durch eine unmögliche Begründung gänzlich undenkbar gemacht wurde. Denn man hätte dann auf Genossen loszuschlagen müssen, die nicht anwesend waren, weil die Parteipresse noch keine Vertretung auf der Landesversammlung hat. Den Anfang hatte der Antragsteller mit seinem Vorkommen ja schon gemacht, aber er war höchst einseitig; während ein großer Teil der Genossen gerade der Meinung ist, daß ein Vorkommen der Urachen der Vorkommnisse gerade an einer Stelle zu finden ist, der der Antragsteller sehr nahe steht. Man hätte über den Antrag zur Tagesordnung übergeben müssen, wenn nicht der Antragsteller noch eingesehen hätte, daß es nötig war, ihn zurückzuziehen.

Können uns auch die Verhandlungen der verflorenen Landesversammlung nicht in allen Punkten befriedigen, so ist doch manche Klarheit geschaffen worden. Goffen wir, daß die geschilderten Beschlüsse der Partei im Weiteren zu neuen Erfolgen förderlich sind.

Die Balkangefahr.

Die serbische Ministertrift ist bereits wieder beiegelegt. Pašić hat seine Demission wieder zurückgezogen, dagegen will der Kriegsminister, der zu den Kriegsbürgern gehört, zurücktreten. Die Belgrader Samprava stellt gegenüber anderslautenden Meldungen fest, daß Serbien die in seinen drei Antworten an Bulgarien entwickelte Ansicht aufrecht erhalte, daß die Ministerpräsidenten der Verbündeten in Petersburg zusammenkommen müßten, um zu versuchen, eine direkte Verhandlung zu erzielen.

Bulgarien dagegen scheint sich noch immer zu weigern, seine Geschäfte in die Hände der russischen Großmacht zu legen, die ein Interesse daran hat, Bulgarien nicht zu mächtig werden zu lassen.

Aus Athen wird über die Haltung der griechischen Regierung gemeldet: Der Minister des Auswärtigen verließ im Parlament folgende Note: „In dem Zwecke, ihre friedlichen Absichten darzutun, hat die griechische Regierung sich entschlossen, alle Differenzen einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. Die einzige Bedingung Griechenlands hierbei ist, daß alle Vorkanfragen gleichzeitig zur Entscheidung gelangen sollen. Nur ein wenig guter Wille Bulgariens und alles ist auf friedlichem Wege geregelt.“

An der talentlosen Haltung der Mächte — sogar die Vorkonferenz scheint lahm zu liegen — zeigen sich die Gegenkräfte, die ein einheitliches Vorgehen nicht zustande kommen lassen. Die Abkühlung zwischen Oesterreich und Rußland macht die streifenden Bundesbrüder wieder einmal zu den Herren und die Mächte zu den Karren des Balkans.

Sofia, 24. Juni. Die Agence Bulgare meldet: Am 18. Juni abends gingen mehrere bulgarische Soldaten des Regiments Blatovo zwischen Kuchana und Krasso zum Fluße Maritsa, um Wasser zu schöpfen, als serbische Soldaten sie gerieren wollten und auf sie zu schießen begannen, kam den bulgarischen Soldaten ein kleines bulgarisches Detachement zu Hilfe. Es entspann sich ein Kampf. Die in dieser Gegend stehenden serbischen Truppen besaßen mit ihren Vitralen eine Stellung und eröffneten ein heftiges Feuer. Die Bulgaren, die eine Kampagne Verstärkung erzielten, unternahmen einen Gegenangriff und gesprengten die Serben, die auf ihrer ungeordneten Flucht eine Anzahl Gewehre und Tornister im Stiche ließen. 19 gefallene Serben blieben auf dem Platze. Auf bulgarischer Seite wurde ein Soldat leicht verwundet.

Konstantinopel, 24. Juni. In Vorkonferenzen ist das Gerücht verbreitet, in Saloniki seien russische Kurden angebrochen. Die Bulgaren rufen angeblich mit Harten Streitkräften, darunter viele mohammedanische Kajezonier, gegen Saloniki vor.

Beihilfengesetz. — Konflikt mit der Regierung. — Reichssteuer. — Nachtragsetz. — Erbrecht des Stantes.

Die Budgetkommission des Reichstages trat am Dienstag vormittag in die zweite Sitzung des Beschlusses über das Finanzwesen und die Beihilfen ein. Die Erhöhung des Beihilfensatzes von 120 auf 140 Millionen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen.

Beim Beihilfengesetz bekämpfte namens der Konservativen Graf Bismarck die Befreiung des Rindescherbes und beantragte, den folgenden Wortlaut in das Gesetz aufzunehmen: „Der Erwerb von Todeswegen der von der Erbschaftsteuer befreiten Rindermilche bleibt insoweit steuerfrei, als das steuerliche Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Einkommensteuer unterliegt.“ — Abg. Wassermaun erklärte, ohne das Rindescherbe wäre für die Nationalliberalen das Gesetz unannehmbar. — Genosse Dautz regte an, jetzt noch ein Erbschaftsteuergesetz zu schaffen. Wenn die Nationalliberalen mitmachen, kann in kurzer Zeit ein solches Gesetz gebracht werden. — Der konservative Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und dreier Zentrumsglieder abgelehnt.

Die Volkspartei und die Nationalliberalen hatten diesen Antrag eingebracht. Der nach dem Einkommensteuergesetz vom 14. Februar 1911 dem Reich und den Bundesstaaten zufallende Anteil der Einkommensteuer

wird, wenn ein Grundstück nach dem 1. Juli 1913 in fremdes Eigentum übergeht, nicht mehr erhoben. Den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ist gestattet, den auf sie entfallenden Anteil so lange weiter zu erheben, als nicht die Regierung des künftigen Bundesstaates Widerspruch erhebt. — Für das Reich und die Bundesstaaten würde somit nach Annahme dieses Antrages die Einkommensteuer für Grundstücke in Wegfall kommen. — Schatzsekretär Kühn bekämpfte diesen Antrag lebhaft. Die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten würden geschädigt und das Vertrauen in die Steuergerechtigkeit der Reichsregierung schwer erschüttert werden, wenn ein solches Gesetz von allen Parteien gefürdetes Gesetz jetzt schon wieder für das Reich und die Bundesstaaten befreit würde. — Abg. Siedel teilte mit, daß der Vorstand des preussischen Städteverbandes am Freitag noch einen Protest an die Kommission gegen die Aufhebung der Einkommensteuer gesandt habe. Sollte die Aufhebung beschlossen werden, müßte den Gemeinden eine Entschädigung gewährt werden. — Ein Teil des Zentrums wünschte die Aufhebung des Einkommensteuergesetzes, weil der Grundbesitz sonst doppelt belastet würde; ein anderer Teil des Zentrums forderte dagegen Reformen beim Einkommensteuergesetz. — Genosse Wabstun wendete sich dagegen, daß die Aufhebung über ein